

EU-Corona-Hilfsfonds: Rechnungshof kritisiert – Kommission schaltet Werbung

Vor fünf Jahren brachte die EU einen 800 Mrd. Euro schweren Corona-Hilfsfonds auf den Weg. Inzwischen trägt er den euphemistischen Namen „Next Generation EU“.

Der Europäische Rechnungshof sieht in seinem jüngsten Bericht gravierende Mankos. Er kritisiert die mangelnden Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten, die Projektprioritäten sowie fehlende Kosten-Leistungs-Abschätzungen.

Gleichzeitig läuft derzeit eine EU-weite Werbekampagne der EU-Kommission, um die Fondsgelder noch schneller unter die Leute zu bringen. Das Geld für den Corona-Fonds beschafft die Kommission vollständig am weltweiten Kapitalmarkt. Der EU-Corona-Fonds ist somit ein gigantischer Schuldenfonds. Die Anleihen dafür haben eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Für die Rückzahlung gibt es nur vage politische Pläne, sodass „Next Generation EU“ für eben jene nächste Generation vor allem Zins- und Tilgungslasten bedeutet.

311 Mrd. Euro hat die Kommission bislang an die Mitgliedstaaten ausgezahlt. 201 Mrd. Euro davon waren reine Geldgeschenke, d. h. Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Die restlichen 110 Mrd. Euro sind EU-Kredite, die die Empfängerländer (zumindest theoretisch) zurückzahlen müssen.

Italien hat den Corona-Fonds mit besonderem Eifer angezapft. Dem Land wurden bereits 122 Mrd. Euro überwiesen, was fast 40 Prozent der insgesamt EU-weit ausgeschütteten Gelder entspricht. Umgerechnet hat somit jeder Italiener allein über diesen Fonds mehr als 2.000 Euro erhalten – fast zehnmal so viel wie Deutschland bislang pro Kopf abgerufen hat. Über Beispiele für fragwürdige italienische Projekte hat „Der Steuerzahler“ (April 2022) bereits berichtet.

110 Prozent Steuerrabatt in Italien

Das ganze Ausmaß der Umverteilung von den EU-Steuerzahlern zu einzelnen Italienern wird besonders deutlich beim Programm „Superbonus 110“. Hier konnten die Kosten einer Immobiliensanierung zu 110 Prozent von der Steuer abgesetzt werden. Damit haben die EU-Steuerzahler diese Projekte nicht nur komplett finanziert, sondern den Projektbeteiligten auch noch einen Bonus von 10 Prozent geschenkt. Das hat natürlich nicht nur zu erheblichen Mitnahmeeffekten geführt, sondern auch zu Betrügereien, „die zu den größten gehören, die diese Republik je gesehen hat“ (Corriere della Sera, 11.02.2022), wie der seinerzeitige Wirtschaftsminister Daniele Franco konstatierte.

EU-Mitgliedstaat	Ausgezahlte Kreditgelder aus dem Corona-Fonds "Next Generation EU" in Mrd. Euro
Italien	122,1
Spanien	48,3
Frankreich	30,9
Griechenland	21,3
Polen	20,8
Deutschland	19,8
Portugal	11,4
Rumänien	9,4
Kroatien	4,5
Tschechien	4,4
Slowakei	3,5
Niederlande	2,5
Litauen	1,8
Belgien	1,5
Bulgarien	1,4
Österreich	1,2
Slowenien	1,1
Lettland	1,1
Dänemark	1,1
Ungarn	0,9
Finnland	0,9
Estland	0,6
Zypern	0,5
Irland	0,3
Malta	0,2
Luxemburg	0,03
Schweden	0

Weniger Schweine in der EU

Selbst die Niederlande, die zu den reichsten Staaten der EU gehören, haben die EU-Geldgeschenke genutzt. So wurden beispielsweise 76.000 Notebooks und Tablets angeschafft, um sie an niederländischen Schulen zu verteilen. Außerdem wurden 278 Schweinemastbetriebe geschlossen, um die Geruchsbelästigung für Anwohner zu reduzieren. Die Betreiber erhielten als Entschädigung 275 Mio. Euro aus dem Corona-Fonds.

Mit den EU-Geldern sanieren die Niederlande zudem ihre öffentlichen Gebäude, digitalisieren ihre Verwaltung und sogar ausgewählte Straßenschilder. Arbeitslose werden umgeschult und Wohnungen gebaut oder energetisch saniert.

Eigenverantwortung statt Gemeinschaftsschulden

All das ist exemplarisch für „Next Generation EU“. Teilweise werden Projekte ermöglicht, die zwar nicht besonders dringend sind, für die es nun aber eine Gratisfinanzierung der EU gibt. Oder es werden Projekte finanziert, die zu den Kernaufgaben der öffentlichen Verwaltung vor Ort gehören. Diese sollten dementsprechend auch aus den nationalen Budgets finanziert werden und nicht über EU-Kredite zulasten aller Steuerzahler der Europäischen Union!

Jede weitere Werbung der EU-Kommission für die Fondsgelder führt zu noch mehr EU-Schulden und zu noch weniger Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten. Deshalb sollte der Corona-Fonds schnellstmöglich eingedampft werden.

Matthias Warneke, warneke@steuerzahlerinstitut.de

Gedrängel im Kabinett

Der Beamtenapparat soll schrumpfen – die Regierung wächst



Die Bundesregierung will den Eigenkonsum des Bundes deutlich senken. Richtig so, meint der BdSt, denn der XXL-Verwaltungsapparat ist zu groß und zu teuer. Zugleich haben Union und SPD aber die Chance auf eine umfassende Kabinettsreform verpasst – der Regierungsapparat selbst wächst an.

Die neue Bundesregierung hat klargestellt, dass der Staatsapparat im Laufe der letzten Jahre mit inzwischen knapp 300.000 Posten zu groß geworden ist. Deshalb ist vorgesehen, bis 2029 das Personal in der Bundesverwaltung um 8 Prozent und die Verwaltungsausgaben um 10 Prozent abzubauen. Allerdings sind sämtliche Sicherheitsbehörden von den Sparmaßnahmen ausgenommen, ebenso die Bundeswehr. Dass beim Eigenkonsum erhebliches Sparpotenzial schlummert, verdeutlichen die Zahlen: Die Personalausgaben des Bundes lagen 2024 für Aktiv-Beschäftigte bei 31,5 Mrd. Euro, die sächlichen Verwaltungsausgaben bei 23,3 Mrd. Euro.

Von XXL zu XXXL

So sehr der Steuerzahlerbund diese Konsolidierungsmaßnahmen unterstützt, so sehr vermissen wir eine große Kabinettsreform. Diese Chance hat die Koalition liegen gelassen. Mehr noch: Der Regierungsapparat hat sich sogar größer formiert als zu Zeiten der Ampel. Nunmehr umfasst die Regierung neben dem Kanzleramt 16 statt bisher 15 Fachministerien und insgesamt 17 statt 16 Ministerinnen und Minister wie zu Ampel-Zeiten. Nicht einmal die Auflösung des Bauressorts konnte vereinbart werden, auch nicht die Aufteilung der Entwicklungshilfe auf das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium oder die Zusammenlegung von Gesundheits- und Sozialressort, um alle großen gesetzlichen Sozialversicherungszweige (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) unter einem Dach zusammenzuführen und mit dem Fokus auf Beitragssatzstabilität zentral zu managen.

Rekord bei Polit-Sekretären

Einziger, wenn auch symbolischer Lichtblick, ist die Streichung von 25 Regierungsbeauftragten- und Koordinatoren-Posten. Dafür schlägt das Kabinett aber umso kräftiger bei der Ernennung von Parlamentarischen Staatssekretären und Staatsministern zu, die den Ministern zuarbeiten sollen. Auf den Rekord von 38 summiert sich deren Zahl, wodurch faktisch rund jeder 9. Bundestagsabgeordnete der regierenden CDU/CSU-SPD-Koalition dieses lukrative Amt in den Schoß gelegt bekommen hat – Amtsgehalt und Entschädigung aus dem Bundestag addieren sich auf ein Monatseinkommen von mehr als 23.000 Euro. Aus BdSt-Sicht wäre die Hälfte der Polit-Sekretäre völlig ausreichend!

Mangelnde Balance

Dass die Regierungskoalition Sparmaßnahmen beim Verwaltungsapparat ankündigt, ist zwingend nötig. Doch ebenso zwingend wäre gewesen, dass sich die Regierung hiervon nicht ausnimmt und mit der eigenen Verschlingung sogar noch mutiger voranschreitet. Passiert ist leider das Gegenteil und damit das falsche Signal – sowohl gegenüber den Bürgern als auch der gegenüber der eigenen Verwaltung. An dieser Stelle erinnern wir die Bundesregierung an unser BdSt-Kabinettsmodell – mit dem Kanzleramt plus 10 Ministerien! Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de